

# EINKOMMENSARMUT TROTZ SOZIALSTAAT

## *Ein Kurzüberblick*

Martina Kargl

Österreich verfügt über einen ausgebauten Sozialstaat.

Das zeigt sich sowohl im Volumen der eingesetzten Mittel als auch am ausdifferenzierten Leistungsspektrum.

Dennoch schließt das österreichische System der sozialen Sicherheit die Existenz von (Einkommens)Armut nicht aus.

Die Gründe dafür sind vielfältig:

- Der österreichische Sozialstaat ist in erster Linie ein Sozialversicherungsstaat. Abgesehen davon, dass auf Sozialversicherungsleistungen nur jene Ansprüche haben, die ausreichend lange versicherungspflichtig erwerbstätig waren, ist das dominante Sicherungsziel in der Sozialversicherung nicht Bedarfsdeckung, sondern Stuserhalt. Sieht man von der Ausgleichszulage in der Pensionsversicherung ab, gibt es im österreichischen Sozialversicherungssystem keine Mindestleistungen.
- Das österreichische System der sozialen Sicherheit beruht auf bestimmten Normalitätsannahmen. Das hat zur Folge, dass der Sozialstaat systematisch Erwerbstätige vor Nichterwerbstätigen, Männer vor Frauen, österreichische StaatsbürgerInnen vor MigrantInnen, Menschen ohne Behinderungen vor Menschen mit Behinderungen und die Ehe vor heterosexuellen und vor allem homosexuellen Lebensgemeinschaften privilegiert. Doch auch die ehemals „Priviligierten“ sind einem zunehmenden Verarmungsrisiko ausgesetzt – denn die Normalitätsannahmen in Hinblick auf Erwerbsbeteiligung, Beschäftigungs- und Familienformen etc. erodieren in der sozialen Realität.
- Die Sozialhilfe – häufig als 2. Netz der sozialen Sicherheit bezeichnet – stellt die de-facto existierende Grundsicherung in Österreich dar. Davon, dass sie diese Rolle auch adäquat erfüllen würde, kann allerdings keine Rede sein.

*Mag<sup>a</sup> Martina Kargl ist Mitarbeiterin der Grundlagenabteilung der Caritas der Erzdiözese Wien*